

Gemeinsame Pressemitteilung

Ärztekammer Westfalen-Lippe und Marburger Bund NRW/RLP

Bürokratischer Overkill für Krankenhausärzte

Gesetzgeber hat mit Entlassmanagement eine kaum lösbare Aufgabe geschaffen

Münster/Köln, 27.10.2017. Den Ärztinnen und Ärzten in den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen wird durch das neue, standardisierte Entlassmanagement wertvolle Zeit für die Behandlung ihrer Patienten geraubt. Obwohl es in den Kliniken ein bewährtes und ordnungsgemäßes Entlassmanagement gibt, müssen Klinikärzte nunmehr in formalen Konferenzen mit Pflegenden und dem Sozialdienst über jeden Patienten vor seiner Entlassung nochmals sprechen.

„Diese unsinnige Regelung gehört abgeschafft. Es ist doch weitaus sinnvoller mit unseren Patienten über deren nahtlosen Übergang zur ambulanten Nachversorgung zu sprechen, als über sie. Bisher haben die Entlassungen durchaus in formloser Kommunikation gut funktioniert. Jeder Patient hat zeit- und sachgerechte Lösungen für seine weitere Behandlung erhalten. Nun erleben wir aber einen gesetzlich verordneten bürokratischen Overkill, der leider kein Gewinn für unsere Patienten ist“, beklagen der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. med. Theodor Windhorst, und der Erste Vorsitzende des Marburger Bundes Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz, Dr. med. Hans-Albert Gehle, gemeinsam. „Mal wieder werden mit einem neuen Gesetz unsere ärztlichen Aufgaben ausgeweitet, aber das für die Umsetzung der Aufgaben benötigte neue ärztliche Personal wird nicht finanziert.“

„Jetzt sollen Klinikärzte den Bedarf für die Anschlussversorgung jedes einzelnen Patienten in einem Assessment erfassen und jeder Patient soll auf Formularen dem Entlassmanagement und der Weitergabe seiner persönlichen Daten zustimmen. So wird nutzlose Bürokratie aufgebaut. Unsere Bemühungen um einen Bürokratieabbau werden regelrecht konterkariert.“

Das neue Entlassmanagement ist ein klassischer Fall der Überregulierung. Täglich erreichen uns zahllose Klage von Klinikärzten, weil das neue Entlass-Prozedere im Klinikalltag gar nicht umsetzbar ist“, betonen Windhorst und Gehle.

Das neue Entlassmanagement bei dem Übergang von der stationären Versorgung zur ambulanten Nachversorgung für bundesweit immerhin über 19 Millionen Klinikpatienten erfordert nach Berechnungen der Deutschen Krankenhaus Gesellschaft (DKG) bundesweit jährlich 100.000 ärztliche Arbeitstage mehr. „In der Zeit der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser und des Ärztemangels ist die neue Aufgabe kaum lösbar. In nahezu jeder Krankenhaus-Abteilung in NRW sind Arztstellen nicht besetzt.

Das neue Entlass-Prozedere bindet völlig unnötig ärztliche Arbeitskraft. Hilfreich wäre stattdessen, die zahllosen Probleme zu lösen, die wir Klinikärztinnen und -ärzte mit dem Geflecht der separaten Regelungen der unterschiedlichen Krankenkassen haben. Oftmals ist es auch ausgesprochen schwierig, für Patienten nahtlose Plätze für eine anschließende Rehabilitation zu erhalten. Hier bedarf es aus unserer Sicht tatsächlich dringend der Verbesserung.

Kontakt / Ansprechpartner:

Marburger Bund, Landesverband Nordrhein-Westfalen-Rheinland-Pfalz

Pressesprecher: Michael Helmkamp

michael.helmkamp@netcologne.de – 0221 7200373

Ärztekammer Westfalen-Lippe

Pressesprecher: Volker Heiliger

heiliger@aekwl.de – 0251 9292110